

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 7

25. Januar

1916

Bekanntmachung

über künstliche Düngemittel. Vom 11. Januar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Beim Verkaufe der in der beigefügten Liste aufgeführten Düngemittel einschließlich Mischdünger an den Verbraucher dürfen die darin angeführten Preise nicht überschritten werden. Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend die Höchstpreise vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 458) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25) und vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603).

§ 2. 1. Ist der Höchstpreis in der beigefügten Liste frei Wagon Station des Lieferwerkes festgesetzt, so schließt er die Kosten der Beförderung bis zur Station des Lieferwerkes und die Kosten der Verladung daselbst ein.

Bei Mengen unter 5000 Kilogramm erhöht er sich um 50 Pfennig für je angefangene 100 Kilogramm. Wird in diesen Fällen vom ständigen Lager ab verkauft und verladen, so erhöht sich der Höchstpreis weiter um die Fracht, die der Verkäufer nachweislich für die Beförderung der Ware von der Station des Lieferwerkes bis zum Lager bezahlt hat.

2. Ist der Höchstpreis ab Frachtausgangstation (Parität) festgesetzt, so schließt er die Kosten der Beförderung bis zur Versandstation und die Kosten der Verladung daselbst ein. Ist die Fracht von der Versandstation bis zur Station des Empfängers höher als die Fracht von der Frachtausgangstation bis zu dieser Station, so vermindert sich der Höchstpreis, ist die Fracht geringer, so erhöht er sich um den Frachtminderungsbeitrag.

Bei Mengen unter 5000 Kilogramm erhöht sich der Höchstpreis um 50 Pfennig für je angefangene 100 Kilogramm.

3. Ist der Höchstpreis frachtfrei Empfangsstation oder Poststation oder Kleinbahnstation oder Schiffsladepfad des Empfängers festgesetzt, so schließt er die Kosten der Beförderung bis zu dieser Station ein.

Bei Mengen unter 10 000 Kilogramm gilt folgendes:

a) Wird vom Lieferwerk ab verladen, so erhöht sich der Höchstpreis um die Mehrfracht, die gegenüber dem Frachtsatz für Wagonladungen von 10 000 Kilogramm nachweislich entsteht. Bei Mengen unter 5000 Kilogramm erhöht sich der Höchstpreis weiter um 50 Pfennig für je angefangene 100 Kilogramm.

b) Wird vom ständigen Lager des Verkäufers ab verladen, so erhöht sich der Höchstpreis um 50 Pfennig für je angefangene 100 Kilogramm. Hat der Verkäufer gemäß a) einen Frachtschlag bezahlt, so erhöht sich der Höchstpreis weiter um diesen Zuschlag.

§ 3. Die Höchstpreise verstehen sich bei sämtlichen Düngemitteln mit Ausnahme von Thomaphosphatmehl und Kaltschlack für lose verladene Ware, ohne Verpackung.

Bei Lieferung in Säcken erfolgt die Berechnung brutto für netto.

Außerdem darf, soweit sich aus der beigefügten Liste nichts anderes ergibt, bei Lieferung in Gewebesäcken (Zute, Bannwolle usw.) ein Zuschlag von 1.50 Mark für 100 Kilogramm, in haltbaren, einfachen Papiersäcken von 0.50 Mark, in mehrfachen Papiersäcken von 0.75 Mark, in Pappgewebesäcken von 1 Mark für 100 Kilogramm berechnet werden. Bei Lieferung in Säcken der frei Station des Lieferwerkes zu stellen sind, darf eine Füllgebühr von 0.20 Mark für 100 Kilogramm berechnet werden.

§ 4. Der Reichskanzler kann Höchstpreise für den Verkauf durch den Hersteller und im Großhandel festsetzen.

§ 5. Der Verkäufer hat dem Käufer spätestens bei Abschluß des Kaufvertrags eine schriftliche Mitteilung auszuhandigen, die enthalten muß Angaben über

1. die Art des Düngemittels,
2. den Gehalt an Stickstoff, Phosphorsäure und Kali (K_2O) nach kg %,
3. die Form (Löslichkeit), in der diese wertbestimmenden Bestandteile darin enthalten sind.

Beim Weiterverkauf hat der Verkäufer dem Käufer die Angaben zu wiederholen, die ihm beim Einkauf gemacht worden sind, es sei denn, daß ihm ihre Unrichtigkeit bekannt geworden ist.

§ 6. Schwefelsaures Ammoniak oder Natrium-Ammoniumsulfat darf zur Herstellung von zum Verkaufe bestimmtem Mischdünger nur gemischt werden:

1. mit Superphosphat,
2. mit aufgeschlossenem stickstoffhaltigem importiertem Guano tierischen Ursprungs.

In den Mischungen darf der Gehalt an Stickstoff und wasserlöslicher Phosphorsäure nicht weniger als je 5 vom Hundert betragen. Bei einem Gehalte von weniger als 6 vom Hundert Stickstoff dürfen höchstens 10 vom Hundert wasserlösliche Phosphorsäure, bei höherem Stickstoffgehalte höchstens 12 vom Hundert wasserlösliche Phosphorsäure in der Mischung enthalten sein. In den Mischungen darf Kali (K_2O) bis zu 8 vom Hundert enthalten sein.

Mischungen aus schwefelsaurem Ammoniak oder Natrium-Ammoniumsulfat und Kalisalzen dürfen nicht hergestellt werden.

Das Mischen von phosphorsäurehaltigen Düngemitteln — mit Ausnahme von Superphosphat und aufgeschlossenem stickstoffhaltigem ausländischem Guano — mit stickstoffhaltigen Stoffen oder mit Kalisalzen ist verboten; zulässig ist jedoch das Mischen von Knochenmehl mit Kalisalzen.

§ 7. Mischungen von Kunstdünger zum Verkaufe dürfen fabrikmäßig nur von solchen Betrieben hergestellt werden, die schon vor dem 1. August 1914 fabrikmäßig Mischungen von Kunstdünger hergestellt haben.

§ 8. Knochen, Knochenabfälle, Federaabfälle, Wollstaub und alle ähnlichen tierischen Abfälle sind vor weiterer gewerblicher Verarbeitung zu Düngemitteln mit Benzol oder ähnlichen Extraktstoffen — mit Ausnahme von Benzin, Toluol und Solventnaphtha — oder auf andere Weise so weit zu entfernen, daß nicht mehr als 1 vom Hundert Fett darin verbleibt.

§ 9. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten nicht für künstliche Düngemittel, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung aus dem Ausland eingeführt werden. Als Ausland gilt nicht das besetzte Gebiet.

§ 10. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Vorschriften unzuverlässig zeigen, die ihnen durch diese Verordnung, insbesondere den § 5, auferlegt sind.

Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Ueber die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

§ 11. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft, wer den Vorschriften der §§ 6, 7 oder 8 zuwiderhandelt.

§ 12. Der Reichskanzler kann von den Vorschriften dieser Verordnung Ausnahmen gestatten. Er kann die Preise und Lieferungsbedingungen anderweit festsetzen. Er ist ermächtigt, die Vorschriften dieser Verordnung auf andere als die in der Liste genannten Gegenstände auszuheben und Preise dafür festzusetzen.

§ 13. Lieferungsverträge, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung zu höheren als den darin festgesetzten Höchstpreisen abgeschlossen sind, gelten mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung als zum Höchstpreis abgeschlossen, soweit die Lieferung zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt ist. Ein vor dem Inkrafttreten der Verordnung geschlossener, den Höchstpreis übersteigender Preis kann nicht zurückgefordert werden.

§ 14. Die Vorschriften dieser Verordnung finden auch Anwendung auf andere als die in § 6 zugelassenen Mischungen von schwefelsaurem Ammoniak oder Natrium-Ammoniumsulfat mit Superphosphaten, anderen phosphorsäurehaltigen Düngemitteln oder mit Kali, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung hergestellt worden sind. Bei der Berechnung des Preises, der beim Verkaufe nicht überschritten werden darf, sind für die einzelnen Bestandteile die in der beigefügten Liste aufgeführten Höchstpreise maßgebend mit der Ausnahme, daß der Preis für das Kilogramm % Kali (K_2O) 20 Pfennig nicht übersteigen darf.

§ 15. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung, der § 11 mit dem 15. Januar 1916 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 11. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Liste der Düngemittel und Preise.

A. Superphosphate und Mischungen von Superphosphat mit schwefelsaurem Ammoniak oder Natrium-Ammoniumsulfat und Kali.

Die Preise sind für drei Gebiete festgesetzt:

Gebiet I umfaßt: Pommern, Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Brandenburg Ost d. i. östlich der Linie Belgisch-Wiesenburg—Berlin—Dranienburg—Stettin.

Gebiet II umfaßt: Mittel- und Westdeutschland, Königreich Sachsen, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Brandenburg West d. i. an und westlich der Linie Belgisch-Wiesenburg—Berlin—Dranienburg—Stettin.

Gebiet III umfaßt: Königreich Bayern einschließlich Pfalz, Königreich Württemberg, Großherzogtum Baden, Elsaß-Lothringen.

gen, Provinz Starkenburg und Rheinhessen des Großherzogtums
Hessen, die Hohenzollernschen Lande.

**1. Reine Superphosphate bei einem Gehalt an wasser-
löslicher Phosphorsäure von**

	16 v. D. 14 bis u. da- 15, v. rüber v. D.	12 bis 13, v. v. D.	11, v. P. u. da- runter
	Preise für 1 kg % wasser- lösliche Phosphorsäure		
Gebiet I	58 Pf.	62 Pf.	68 Pf.
" II	62 "	66 "	72 "
" III	60 "	64 "	70 "

**2. Mischungen von Superphosphat mit schwefel-
saurem Ammoniak beziehungsweise Natrium-
Ammoniumsulfat bei einem Gesamtgehalt an Stickstoff und
wasserlöslicher Phosphorsäure von**

	16 v. D. 14 bis u. da- 15, v. rüber v. D.	12 bis 13, v. v. D.	11, v. P. u. da- runter
	Preise für 1 kg %		
Gebiet I { wasserl. Phosphorsäure	60 Pf.	64 Pf.	68 Pf.
{ Ammoniak-Stickstoff	210 "	210 "	210 "
" II { wasserl. Phosphorsäure	64 "	68 "	72 "
{ Ammoniak-Stickstoff	210 "	210 "	210 "
" III { wasserl. Phosphorsäure	62 "	66 "	70 "
{ Ammoniak-Stickstoff	210 "	210 "	210 "

**3. Ammoniak-Superphosphat und Natrium-
Ammoniumsulfat-Superphosphat, denen Kali
zugemischt ist.**

Wasserlösliche Phosphorsäure	Preise für 1 kg %
Ammoniak-Stickstoff	wie zu 2.
Kali (K ₂ O)	40 Pf.

Maßgebend ist der Höchstpreis des Gebiets, in dem die Voll-
bahnstation des Empfängers liegt. Liegt sie im Gebiet I und II,
so gilt der Höchstpreis frachtfrei Vollbahnstation des Empfängers;
liegt sie im Gebiet III, so gilt der Höchstpreis ab Frachtausgangs-
station Wingen.

Zahlung: Barzahlung mit 1 1/2 v. D. Abzug.

B. Nur nach dem Stickstoffgehalt gehandelte Düngemittel.

Die Preise unter 1 bis 3 sind für 2 Gebiete festgesetzt:
Gebiet I umfasst: Orte unmittelbar an der Elbe und westlich
der Elbe.
Gebiet II umfasst: Orte östlich der Elbe.

1. Schwefelsaures Ammoniak.

	Preise für 1 kg % Ammoniak-Stickstoff
Gebiet I a) für gewöhnliche Ware (25 v. D. Ammoniak)	148 Pf.,
b) für gedarrte und gemahlene Ware (25,5 v. D. Ammoniak)	148 Pf.,
Gebiet II a) für gewöhnliche Ware (25 v. D. Ammoniak)	149 Pf.,
b) für gedarrte und gemahlene Ware (25,5 v. D. Ammoniak)	150 Pf.,

2. Natrium-Ammoniumsulfat.

Gebiet I	148 Pf.
Gebiet II	149 Pf.

3. Kalistickstoff.

	Preise für 1 kg % Stickstoff
Gebiet I und II	147 Pf.

Besondere Lieferungsbedingungen für 1 bis 3:

Maßgebend ist der Höchstpreis des Gebiets, in dem die Bahn-
station oder der Schiffslandeplatz des Empfängers liegt. Der Höchst-
preis gilt bei Nr. 1 und 2 frachtfrei Vollbahnstation oder Schiffs-
landeplatz des Empfängers, bei Nr. 3 frachtfrei jeder deutschen
Vollbahn- oder normalspurigen Kleinbahnstation oder Schiffs-
landeplatz des Empfängers.

Zahlung: Barzahlung ohne Abzug.

Verpackung: Bei eisernen Trommeln 80 Pfg. für 100 Kilo-
gramm; bei verlangerter 50-Kilogramm-Packung 80 Pfg. für den
Sack.

	Preise für 1 kg % Gesamtstickstoff
4. Blutmehl	260 Pfg.
5. Hornmehl	220 Pfg.

**B. Lebermehl, Wollmehl und alle sonstigen Stid-
stoffträger außer den zu 1 bis 5 aufgeführten
(entfettet, f. § 8).**

Preise für 1 kg %
Gesamtstickstoff

- a) durch Dämpfen oder Behandlung mit
Schwefelsäure aufgeschlossen 180 Pfg.
b) roh, d. h. nicht wie vorstehend aufgeschlossen,
aber entfettet 40 Pfg.
Besondere Lieferungsbedingungen für Nr. 4 bis 6:
Fracht: Frei Waggon Station des Lieferwerkes.
Zahlung: Barzahlung ohne Abzug.

**C. Stickstoffhaltiger, aus dem Ausland eingeführter Guano
und Poudrette.**

- a) Roh: Preise für 1 kg %
Gesamtstickstoff 210 Pfg.
Gesamtphosphorsäure 40 Pfg.
Kali (K₂O) 40 Pfg.
b) Aufgeschlossen: Preise für 1 kg %
Gesamtstickstoff 210 Pfg.
wasserlösliche Phosphorsäure 60 Pfg.
Kali (K₂O) 40 Pfg.

Besondere Lieferungsbedingungen:
Fracht: Frei Waggon Station des Lieferwerkes.
Zahlung: Barzahlung mit 1 1/2 v. D. Abzug.

D. Organische Mischdünger

- mit Schwefelsäure aufgeschlossen: Preise für 1 kg %
Gesamtstickstoff 180 Pfg.
wasserlösliche Phosphorsäure 60 Pfg.
Besondere Lieferungsbedingungen:
Fracht: Frei Waggon Station des Lieferwerkes.
Zahlung: Barzahlung ohne Abzug.

E. Knochenmehl

(aus entfetteten Knochen hergestellt, f. § 8).

1. Unentleimtes, gedämpftes, sowie entleimtes, ferner Stampf-
mehl, Trommelmehl, Fleischdüngemehl, Fischdüngemehl,
Fleischknochenmehl, Kadaverdüngemehl und ähnliches, in
handelsüblicher feiner Mahlung: Preise für 1 kg %
Gesamtstickstoff 210 Pfg.
Gesamtphosphorsäure 40 Pfg.

2. Die unter 1 aufgeführten Stoffe mit Schwefelsäure ganz
oder teilweise aufgeschlossen: Preise für 1 kg %
Gesamtstickstoff 210 Pfg.
wasserlösliche Phosphorsäure 66 Pfg.
nicht wasserlösliche Phosphorsäure 40 Pfg.
sofern Kali zugemischt wird 40 Pfg.
Kali (K₂O) 40 Pfg.

Besondere Lieferungsbedingungen:
Fracht: Frei Waggon Station des Lieferwerkes.
Zahlung: Barzahlung ohne Abzug.

F. Rohphosphat

im Zustand gewonnen, auch gemahlen:

	Preise für 1 kg %
Gesamtphosphorsäure	20 Pfg.

Besondere Lieferungsbedingungen:
Fracht: Frei Station des Empfängers.
Zahlung: Barzahlung ohne Abzug.

G. Thomasphosphatmehl.

Die Preise gelten bei Lieferung bis zum 15. Juli 1916 ein-
schließlich.

	Preise für 1 kg %
Gesamtphosphorsäure	28 1/2 Pfg.
Bitronensäurelösliche Phosphorsäure	33 Pfg.

Besondere Lieferungsbedingungen:
Fracht: Ab Frachtausgangstation Mähen-Rothe Erde oder
Diedenhofen.

Liegt die Bahnstation oder der Schiffslandeplatz des Emp-
fängers nördlich der Bahnlinie Langelier-Prüm-Gerolstein-
Mähen - Andernach - Koblenz - Gießen - Kassel - Halle - Jüter-
bog - Ludenwalde - Südbende-Berlin - Küstrin - Kreuz-
Schneidemühl - Bromberg - Thorn - Alexandrowo, so ist die
Frachtausgangstation Mähen-Rothe Erde maßgebend; liegen sie
südlich dieser Bahnlinie, so ist die Ausgangsstation Diedenhofen
maßgebend.

Die Stationen an der Bahnlinie zählen von Langelier bis Süd-
ende-Berlin einschließlich zur Frachtausgangstation Diedenhofen,
von Südbende-Berlin bis Alexandrowo zur Frachtausgangstation
Mähen-Rothe Erde.

Erfolgt die Lieferung in das Gebiet der Frachtausgangs-
station Mähen-Rothe Erde auf Grund vorher getroffener Ver-
einbarung von Stationen aus, die im Gebiete der Frachtaus-
gangstation Diedenhofen liegen, so umfasst der Höchstpreis die
gegenüber der Frachtgrundlage Mähen-Rothe Erde entstehende
Rehfracht nicht.

Ist nach Stationen zu liefern, die 500 Kilometer und mehr
von der Frachtausgangstation entfernt liegen, so ist dem Emp-

fänger eine Frachtvergütung von 10 v. H. zu gewähren. Die 10 v. H. sind von den ermäßigten Eisenbahnfrachtsätzen für Thomasmehl zu berechnen.

Verpackung: Die Lieferung erfolgt nach Wahl der Werke in haltbaren Papiersäcken oder Gewebefäcken.

Wird in Papiersäcken geliefert, so verstehen sich die Preise einschließlich Sack.

Werden Gewebefäcke verwendet, so wird bei Säcken mit 100 Kilogramm Fassungsvermögen ein Aufschlag von 40 Pfg. für 100 Kilogramm, bei Säcken von 75 Kilogramm Fassungsvermögen ein Aufschlag von 56 Pfg. für 100 Kilogramm berechnet.

Die Säcke aus Webstoff sind, wenn sie unbeschädigt und zur Verwendung von Thomasmehl noch verwendbar sind, gegen eine Vergütung von

65 Pfg. für den Sack von 100 Kilogramm Fassungsvermögen und

50 Pfg. für den Sack von 75 Kilogramm Fassungsvermögen frei Werk zurückzunehmen.

Die Entscheidung über die Brauchbarkeit der Säcke steht den Werken zu.

Zahlung und Berechnung: Barzahlung mit 1 1/2 v. H. Abzug, der übliche Verbrancherrabatt von 16 Pfg. für 100 Kilogramm ist bei der Berechnung abzuziehen.

Bekanntmachung

über künstliche Düngemittel. Vom 15. Januar 1916.

Im Sinne der Verordnung des Bundesrats über künstliche Düngemittel vom 11. Januar 1916 (R.G.B. S. 13) ist anzusehen:

- a) als zuständige Behörde das Kreisamt;
- b) als höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialausschuß.

Darmstadt, den 15. Januar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Krämer.

Bekanntmachung

zur Verbeiführung der beschleunigten Ablieferung von Gerste und Hafer. — Vom 17. Januar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Zur Förderung der Lieferung von Gerste und Hafer auf Anweisung der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung darf eine besondere Vergütung bezahlt werden, die für die Tonne beträgt:

1. wenn die Gerste und der Hafer bis zum 29. Februar 1916 einschließlich bei den Provinzialämtern abgeliefert oder auf der Bahn oder dem Schiffe verladen ist: 60 Mark,

2. wenn die Ablieferung oder Verladung in der Zeit vom 1. März bis 15. März 1916 einschließlich erfolgt: 30 Mk.

Die Vergütung kann auf Antrag ausnahmsweise auch dann gewährt werden, wenn die Ablieferung oder Verladung des rechtzeitig ausgedroschenen Getreides nicht innerhalb der bezeichneten Frist hat erfolgen können aus Gründen, die der Lieferungs-pflichtige nicht zu vertreten hat und die außerhalb seines Betriebes liegen. Der Antrag muß bis zum 31. März 1916 gestellt werden.

Ueber alle Streitigkeiten, die die Zahlung der Vergütung betreffen, entscheidet die von den Landeszentralbehörden bestimmte Behörde endgültig.

§ 2. Soweit im Besitze landwirtschaftlicher Unternehmer befindliche, der Enteignung unterliegende Vorräte an Gerste und Hafer nicht bis zum 31. März 1916 freiwillig dem Kommunalverbande zur Abnahme angeboten werden, wird im Falle der Enteignung der Uebnahmepreis um 60 Mark für die Tonne gekürzt.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin den 17. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Bekanntmachung

zur Verbeiführung der beschleunigten Ablieferung von Gerste und Hafer. — Vom 20. Januar 1916.

Auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 17. Januar 1916 zur Verbeiführung der beschleunigten Ablieferung von Gerste und Hafer (Reichs-Gesetzbl. S. 40) wird folgendes bestimmt:

Ueber alle Streitigkeiten, die die Zahlung der Vergütung betreffen, entscheidet endgültig der Provinzialausschuß.

Darmstadt, den 20. Januar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Krämer.

Betr.: Wie vorstehend.

An das Großh. Polizeiamt Siegen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die beiden vorstehenden Bekanntmachungen sind in orts-Ablicher Weise zur Kenntnis der beteiligten Kreise zu bringen. Dabei ist auf die Wichtigkeit der festgesetzten Preise in den

verschiedenen in Betracht kommenden Zeitabschnitten besonders hinzuweisen.

Siegen, den 24. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung

betreffend Aenderung der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 393).

Vom 17. Januar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel I.

In der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 393) werden folgende Aenderungen vorgenommen:

1. § 6 Abs. 2 c erhält folgende Fassung:

„Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe mit Genehmigung der zuständigen Behörde selbstgezeugenen Saathäfer für Saatzwecke liefern, sofern sie sich nachweislich in den letzten zwei Jahren mit dem Verlaufe von Saathäfer befaßt haben. Die Reichsfuttermittelstelle bestimmt, in welcher Weise der Nachweis zu erbringen ist. Die bestimmungsmäßige Verwendung ist zu überwachen.“

2. § 6 Abs. 2 c wird gestrichen;

3. § 10 Abs. 2 a erhält folgende Fassung:

„Für die Zeit vom 10. Januar bis 15. September 1916 für jeden Einheuer (§ 6 Abs. 2 a) eine Menge von 375 Kilogramm, für jeden Zuchtbullen, für den die nach § 6 Abs. 2 a erforderliche Genehmigung erteilt ist, eine Menge von 125 Kilogramm. Dabei sind anzurechnen als seit dem 10. Januar 1916 verführte Mengen bei Einheuern 1 1/2 Kilogramm, bei Zuchtbullen 1/2 Kilogramm für den Tag. Hat der Besitzer nachweislich weniger oder mehr verführt, so werden die tatsächlich verführten Mengen angerechnet.“

4. Im § 10 Abs. 2 c wird hinter den Worten „befaßt hat“ eingefügt:

„und dies in der von der Reichsfuttermittelstelle bestimmten Weise nachgewiesen hat.“

5. Im § 20 Satz 2 wird das Wort „Sackleibgebühr“ gestrichen; ferner sind die Worte „in keinem Falle“ durch das Wort „nicht“ zu ersetzen.

6. § 20 erhält folgenden Absatz 2:

„Die Kommunalverbände dürfen in Fällen besonderen Bedürfnisses mit Genehmigung der Reichsfuttermittelstelle den Zuschlag bis auf 9 Mark erhöhen.“

Artikel II.

Die Kommunalverbände (Ueberschuß- und Zuschußverbände) haben die in ihrem Bezirke vorhandenen Hafervorräte, die nach § 10 Abs. 1 und 2 der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 28. Juni 1915 der Enteignung unterliegen, auf Erfordern der Reichsfuttermittelstelle der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung zur Verfügung zu stellen.

Zu dem im § 16 der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 28. Juni 1915 vorgesehenen Ausgleich sind die Kommunalverbände nur insoweit berechtigt und verpflichtet, als ihnen nach Befriedigung der Anforderungen der Reichsfuttermittelstelle Vorräte zur Verfügung verbleiben. Soweit bei der Zentralstelle Hafer verfügbar bleibt, können nach Anweisung der Reichsfuttermittelstelle einem Kommunalverbande auf Antrag Mengen bis zur Höhe seines Mindestbedarfs zur Durchführung des Ausgleichs geliefert oder zurückerstattet werden.

Artikel III.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,

Delbrück.

Betr.: Wie vorstehend.

An das Großh. Polizeiamt Siegen und an die Großh.

Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Mit Bezugnahme auf unsere besondere Umdruck-Verfügung vom heutigen Tage beauftragen wir Sie, vorstehende Bekanntmachung in ortsüblicher Weise zur Kenntnis der beteiligten Kreise zu bringen.

Siegen, den 24. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl; hier: das Hintertorn.

Von dem Direktorium der Reichsgetreidestelle in Berlin sind die Bestimmungen hinsichtlich der Verwendung des Hintertorns erneut in Erinnerung gebracht und deren strenge Durchführung anbefohlen worden. Es darf hiernach von den Landwirten kein Hintertorn zurückbehalten, verschrotet oder verführt werden. Da über den Begriff „Hintertorn“ sehr verschiedene Ansichten bestehen, so sei hiermit erinnert, daß wirkliche Hintertorn nur dann vorliegt, wenn es insgesamt höchstens 3 % der Ernte ausmacht. Dies

gilt sowohl für die Gesamternte des Kreises als auch für diejenige des einzelnen Besitzers (zu vergl. Bekanntmachung vom 24. September 1915, Gießener Anzeiger Nr. 226 vom 25. September 1915, zweites Blatt). Sämtliches erzeugte und noch vorhandene Winterkorn darf lediglich für Rechnung des Kommunalverbandes durch die Firma Vereinigte Getreidehändler oder durch besondere Kommissionäre der Reichsgetreidekammer auf gekauft werden.

Gießen, den 24. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Wie oben.

An Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die vorstehende Bekanntmachung ist in ortsüblicher Weise zur Kenntnis der beteiligten Bevölkerungskreise zu bringen. Dabei ist von Ihnen darauf hinzuwirken, daß die Schwierigkeiten, die der Firma Vereinigte Getreidehändler seither bei dem Ankauf von Winterkorn gemacht wurden, endgültig beseitigt werden. Um einen Überblick über die Bestände an Winterkorn zu erhalten, beauftragen wir Sie, sofort durch Umfrage festzustellen, wer solches in Verwahrung hat und sodann ein alphabetisches Verzeichnis der Besitzer über die vorhandenen Mengen vorzulegen. Da im ganzen nur etwa aus 5 Gemeinden Winterkorn abgeliefert worden ist, so sind wir genötigt, unsere Bekanntmachung und Verfügung vom 28. Oktober 1915 (Kreisblatt Nr. 95 vom 29. Oktober 1915) erneut in Erinnerung zu bringen. Die verlangten Verzeichnisse sind innerhalb 10 Tagen bei uns einzureichen. Diejenigen Bürgermeistereien, in deren Gemeinden kein Winterkorn vorbanden ist, sind verpflichtet, in der gleichen Zeit uns berichtet zu warden, aus welchen Gründen kein Winterkorn gewonnen worden ist oder was in der Zwischenzeit mit demselben angefangen wurde.

Gießen, den 24. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Bekanntmachung über Saatgetreide vom 13. Jan. 1916.

An das Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Mit Bezugnahme auf die im Kreisblatt Nr. 6 Seite 1 vom 21. II. Mts. abgedruckte Bekanntmachung über Saatgetreide beauftragen wir Sie, durch Umfrage festzustellen, wieviel Winterfaatgetreide in Ihrer Gemeinde nicht zur Ausaat gekommen ist. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Saatgetreide, das von auswärts bezogen, und Saatgut, das von Landwirt zu Landwirt verkauft worden ist. Die Anzeigen über derartige Bestände an Saatgetreide und Saatgut sind getrennt nach Roggen, Weizen, Speltz (Dinkel, Fesen), sowie Emmer und Einkorn vorzunehmen. Als Stichtag hat der 20. Januar 1916 zu gelten. Es wird hierzu bemerkt, daß alles unausgesät gebliebene Saatgetreide zugunsten des Kommunalverbandes beschlagnahmt ist. Da durch die Bundesratsverordnung vom 17. Juli 1915 (Reichsgesetzblatt S. 43) die Höchstpreisverordnung für Brotgetreide vom 23. Juli 1915 abgeändert worden ist, so kommt für derartiges Getreide bei der Uebernahme durch den Kommunalverband nur der Höchstpreis nebst etwaigen Zuschlägen in Betracht. Wir erwarten innerhalb 5 Tagen die Vorlage entsprechender Verzeichnisse oder Festanzeige. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß für Sommerfaatgetreide die Höchstpreisvorschriften nur bis zur Beendigung der Frühjahrssaat, also längstens bis zum 15. Mai 1916, Geltung behalten.

Gießen, den 24. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Die Gefangenen der Kriegsgefangenen zur Arbeit ohne militärische Bewachung.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Auf Ersuchen der Inspektion der Kriegsgefangenenlager im Bezirk des XVIII. Armee-Korps beauftragen wir Sie, die Landwirte darauf aufmerksam zu machen, daß in den Gefangen und Gefangenen von Kriegsgefangenen als Einzelarbeiter oder in kleinen Gruppen, beides ohne militärische Bewachung, folgende Nachweise erforderlich sind:

Die Gefangenen müssen sich von uns eine Bescheinigung erwirken

- bei Einzelarbeitern:
1. daß der Arbeitgeber in eine Notlage geraten würde, wenn ihm ein Kriegsgefangener nicht zur Arbeitsleistung gestellt würde,
2. daß der Arbeitgeber einen guten Reumut besitzt,
3. daß die Angliederung an ein bestehendes oder demnächst zu errichtendes Arbeitskommando unmöglich ist.

- bei Arbeitern in Gruppen:
1. daß ein bringendes Bedürfnis zur Gefangenen vorliegt,

2. daß die Angliederung an ein bestehendes Kommando unmöglich ist.

Eingehende Gesuche wollen Sie uns, nach vorstehenden Bestimmungen entsprechend vorbereiten, mit Bescheinigung unter Angabe, von wann an die Gefangenen verlangt wird, einreichen und zuvor den betreffenden Arbeitgeber, der mehrere Gefangene wünscht, schriftlich erklären lassen, daß er nachstehende Bedingungen anerkennt.

1. Die Gefangenen können in kleineren Gruppen von 2-9 Mann gestellt werden. Es können nur zuverlässige und erprobte, von der Lagerkommandantur oder früheren Arbeitgeber empfohlen Leute in Betracht. Die Gruppen werden nur in Drie gestellt, in denen sich noch kein Kriegsgefangenen-Arbeitskommando befindet.
2. Der Arbeitgeber darf die Gefangenen nur in seinem eigenen Hause unterbringen.
3. An die Gefangenen ist für den Arbeitstag der Betrag von 30 Pfennig in Scheidemarken (Zahlmarken) zu zahlen.
4. Für Verpflegung und Unterkunft trägt der Arbeitgeber die Kosten. Rückvergütung wird nicht gewährt.
5. Innerhalb der Gemarkung arbeiten die Gefangenen ohne Bewachung.
6. Außerhalb der Gemarkung müssen die Gefangenen von einer Zivilperson begleitet sein, die im Beise eines von der Kommandantur des Stammlagers der Gefangenen ausgestellten Ausweises sein muß.
7. Der Arbeitgeber zahlt vor Stellung der Kriegsgefangenen eine bei Beendigung der Arbeit zurückzahlbare Kaution von 50 Mark an die Inspektion. Diese Kaution verfällt, wenn ein Kriegsgefangener durch die Schuld des Arbeitgebers geflüchtet, zu entweichen. Die Entscheidung, ob den Arbeitgeber die Schuld trifft, liegt bei der Inspektion.

Näheres ist aus dem — bei Zustandkommen des Kommandos — abzuschließenden Vertrag zu ersehen.

Gießen, den 20. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
F. B. Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Biedingen. Die Maul- und Klauenseuche in Simbach ist erloschen.

Gießen, den 21. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
F. B. Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Biedenkopf. In Hermannstein ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gießen, den 22. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
F. B. Hemmerde.

Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

1. Woche. Vom 1. bis 8. Januar 1916.
Einwohnerzahl: angenommen zu 32911 (inkl. 1890 Mann Militär).
Sterblichkeitsziffer: 23,70 ‰.
Nach Abzug von 10 Ortsfremden: 7,90 ‰.

Es starben an	Zahl	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 15. Jahr
Altersschwäche	1 (1)	1 (1)	—	—
Tiphtherie	2 (1)	—	—	—
Tuberkulose	2 (2)	2 (2)	—	2 (1)
Lungenentzündung	1	1	—	—
Krankheiten d. Nervensystems	1	1	—	—
Krankheiten der Verdauungsorgane	4 (3)	4 (3)	—	—
Blinddarmentzündung	1 (1)	1 (1)	—	—
Krankheiten der Parnorgane	1 (1)	1 (1)	—	—
Krebs	2 (1)	2 (1)	—	—
Summa:	15 (10)	13 (9)	—	2 (1)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Märkte.

Gießen, 25. Jan. Marktbericht. Auf dem heutigen Wochenmarkt kostete: Butter das Pfd. 1,90-2,00, Pühnerier das Stück 17-18 Pfg., Käse das Stück 8-10 Pfg., Käseplatte 1 Stück 3-4 Pfg., Kartoffeln der Zentner 3,75 bis 4,00 Mark, Milch das Liter 26 Pfg., Äpfel der Zentner 6 bis 8 Mk., Spinat 20-22 Pfg. das Pfund, Wirsing 10-15 Pfg. das Stück, Gelberüben 10-12 Pfennig das Pfund, Rotkraut 15-25 Pfennig das Stück, Rosenkohl 30-35 Pfg. das Pfund, Kohlrabi 6 bis 8 Pfg. das Stück, Weißkraut 15-25 Pfg. das Stück, Birnen 7 bis 15 Pfg., bessere 00-00 Pfg. das Pfund, rote Rüben 7-8 Pfg., Zwiebeln das Pfund 20-25 Pfg., Nüsse 100 Stück 60-65 Pfg., Blumenkohl 20-50 Pfennig, Sellerie 6-10 Pfennig das Stück, Endivien 10-12 Pfg. — Marktzeit von 8 bis 2 Uhr.